

# Gebührenerhöhung zu heftig

Sozialausschuss fordert abgemilderte Variante zur Kita-Satzung ein / Verwaltung muss bei Staffelung nachbessern

Von VIOLA PETERSSON

**Eberswalde. Der Entwurf der neuen Kita-Gebührensatzung ist im Sozialausschuss erwartungsgemäß auf Widerstand gestoßen. Als zu hoch erscheinen Eltern und Abgeordneten die geplanten Steigerungsraten bei den Beiträgen. Die Verwaltung ist aufgefordert, eine „abgefederte“ Alternativvariante zu erarbeiten.**

Sozialdezernent Jan König sprach am Mittwochabend vor dem Sozialausschuss selbst von einem „kleinen Aufregethema“. Er war sich der Brisanz der Vorlage bewusst. Massiver Protest war erwartet worden. Der ganz große Aufschrei blieb zwar aus. Gleichwohl: Der Tenor der Debatte war mehr als eindeutig. Dieser Entwurf – mit Steigerungsraten bei den Elterngebühren bis zu 50 Prozent – ist nicht konsensfähig. Eltern, aber auch Abgeordnete, quer durch fast alle Fraktionen, fordern deutliche Nachbesserungen. Weshalb es eine zweite Lesung geben wird.

Bevor der Ausschuss jedoch die parlamentarische Debatte um das umstrittene Papier er-

öffnete, erklärte Jan König das Zahlenwerk. Er sprach über die rechtlichen Grundlagen, über die jüngsten Gerichtsurteile, über Sozialverträglichkeit, Kosten und Kalkulation. Er erläuterte am Beispiel der Krippenkinder die Ermittlung des Höchstsatzes und die verschiedenen Staffelungen. Er verwies zudem darauf, dass sich das Essengeld im Zuge der Novelle reduziere. Von 62 Euro (bei Vollverpflegung) auf 36 Euro. Frühstück, Obstfrühstück und Vesper seien nämlich nummehr Bestandteil der Betriebskosten und damit der Elterngebühr, so König, der gleichzeitig versicherte, dass der Satzungsentwurf mit dem Landkreis abgestimmt und das Einvernehmen hergestellt sei.

Doch: Alle höhere Mathematik und alle Beteuerungen sollten nichts nutzen. Kreis-Kitaelternbeirat, betroffene Mütter und Väter sowie die Ausschuss-Mitglieder befanden: Die Erhöhungen sind zu heftig. Ilona Pischel (Bürgerfraktion) erklärte sogleich: „Die Argumente können nicht überzeugen.“ Es leuchte überhaupt nicht ein, „warum wir hier sparen bzw. erhöhen“, und an anderer Stelle gehe man „größzü-



Fühlen sich sichtlich wohl: die Schützlinge der Kita Nesthäkchen. Auf die Eltern kommen höhere Beiträge zu. Foto: Thomas Burckhardt

gig“ über Kosten hinweg. Stefan Schmiedel, sachkundiger Bürger, gab zu bedenken: „Wir sind eine wachsende Stadt und wollen eine familienfreundliche Stadt sein.“ Die Haushaltslage sei „relativ gut“. Deshalb seine Frage: „Können wir es uns nicht leisten, weniger stark zu erhöhen?“

Antwort König: „Das ist auch immer eine Diskussion mit dem Kämmerer.“ Dem widersprach

Ausschussvorsitzender Lutz Landmann (SPD) prompt. „Das ist eine politische Diskussion und Entscheidung.“ Dietmar Ortel (CDU) befand sogar: Mit dieser Satzung „setzen wir unseren Ruf als familienfreundliche Stadt aufs Spiel“. Irene Kersten (Linke) legte nach: 50-prozentige Gebührenerhöhungen seien „nicht nachvollziehbar“. Sie forderte die Verwaltung auf zu prü-

fen, wo sich Kosten minimieren ließen, verwies dabei u. a. auf eine „nur“ 95-prozentige Belegung der Kita-Plätze.

Eine betroffene Mutter, zugleich Mitglied des Kita-Elternbeirats, rechnete vor: Bei zwei Kindern gingen allein zwischen 13 und 16 Prozent der Familieneinkünfte für Kita-Beiträge drauf. Mit Miete und anderen Fix-Kosten bliebe nicht viel übrig, bat die Eberswalderin um Veränderungen an der Einkommensstaffel und beim Geschwisterabbat.

Genau das sind die Stellschrauben, an denen die Verwaltung bzw. die Abgeordneten drehen können, um die Erhöhung abzufedern, bestätigte König auf Nachfrage aus der Runde. Vor allem die mittleren Einkommensgruppen sollen entlastet werden. Aktuell zahlen nur sechs Prozent aller Eltern den Höchstsatz, hieß es. Landmann bat die Verwaltung zudem um eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Etat und um einen Vergleich zu einer etwaigen Null-Variante.

Erläuterungen zur Platzkalkulation: [www.eberswalde.de](http://www.eberswalde.de)